



DAS INSTITUT FÜR TRANSURANE (ITU) ist in alten Gebäuden untergebracht. Der geplante Laborneubau ist umstritten.

Foto: Sandbilder

Karlsruhe (madl). „Wichtig“ das eine, „wertvoll“ das andere. Der grüne Umweltminister Franz Untersteller war scheinbar beeindruckt nach seinen Besuchen im Institut für Transurane (ITU) auf dem Campus Nord des KIT und bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW). Bei letzterer imponierte ihm die Sachkompetenz, mit der die Experten dort ihre Arbeit leisten, „die für Landesregierung und Umwelt ausgesprochen wertvoll ist“.

Auch für das ITU hatte der Minister freundliche Worte – obwohl dort mit nuklearem Material geforscht wird. Untersteller

## „Die Arbeit des ITU wird noch wichtiger“

sprach von „wichtiger Arbeit“ und von „zunehmend noch wichtigerer Arbeit“. Das europäische Institut kämpft gegen „Nukleartourismus“ und forscht etwa in Fragen eines sicheren Endlagers oder des sicheren Weiterbetriebs der noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke.

Allerdings hatte die Ministervisite einen ganz konkreten Hintergrund. Das ITU will neu bauen und braucht dafür eine bau- und

eine atomrechtliche Genehmigung. Bei der Baufrage spielt die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten nicht mit – aber auch in der Atomfrage hat das Umweltministerium einige Fragen.

Die wollte Untersteller gestern nicht öffentlich vortragen. Er setzt auf das bereits angekündigte Mediationsverfahren, um sämtliche Probleme zu besprechen. Dabei wird es etwa um Mengen gehen: Das ITU darf 180 Kilogramm Plutonium und 50 Kilogramm Uran-235 lagern. Umstritten ist auch das Thema der Forschung an schnellen Reaktortypen der vierten Generation.

# Mediation als Problemlöser

## Umweltminister Untersteller im Institut für Transurane / „Angenehmer Besuch“

Von unserem Redaktionsmitglied  
Matthias Kuld

**Eggenstein-Leopoldshafen.** Die Mediation soll's richten. Umweltminister Franz Untersteller von den Grünen setzt darauf, dass wegen des umstrittenen Bauantrags des Instituts für Transurane (ITU) in dem von ihm angeregten Verfahren ab 12. September eine Lösung erzielt wird. Welche, das wollte der Minister gestern nach seinem ITU-Rundgang nicht sagen. Indes betonte er mehr als einmal die Wichtigkeit der Arbeit der ITU-Experten und wies nachdrücklich auf das Alter der Institutsgebäude hin. Die Sicherheitssituation würde sich durch einen Neubau verbessern, meinte Untersteller, dessen Haus für die atomrechtliche Genehmigung des Projekts zuständig (siehe auch „Südwestecho“).

„Wir haben noch Fragen“, sagte der Minister, der „nicht weiter ins Detail gehen“ wollte. Das sei ja Zweck der Mediation, dass dort die Dinge besprochen werden, die umstritten sind. Dabei geht es einerseits um die Belange des Umweltministeriums, andererseits um den hartnäckigen Widerstand aus Linkenheim-Hochstetten. Doch blickt Untersteller zuversichtlich

in die Zukunft. Es sei ja immerhin schon gelungen, alle Beteiligten zusammenzubringen. Michael Sailer vom Darmstädter Öko-Institut soll das Verfahren leiten – und wohl noch vor Weihnachten abschließen.

Während der Mediation soll dann auch all das zur Sprache kommen, was der Minister

gestern „nicht in Einzelheiten“ sagen wollte. Man werde sich aber dann über strittige Fragen „verständigen“.

Darauf setzt auch ITU-Chef Thomas Fanghänel. Er sprach gestern von „einem wichtigen, einem angenehmen Besuch“. Das ITU darf große europäische Forschungseinrichtung für Fragen nuklearer Sicherheit habe eine „Dimension weit über Europa hinaus“. Das Neubauprojekt mit seinen Laboreinrichtungen für hoch gefährliche nukleare Stoffe kommt mit Einrichtung auf deutlich über 50 Millionen Euro. Es ist, so Fanghänel, „von grundlegender Bedeutung für unser Haus“.

Nachdem der Minister festgestellt hatte, die Transparenz seitens des Institutes hätte einen etwas höheren Stellenwert haben können, wollte Fanghänel nicht widersprechen. Wissenschaftler seien eben keine Kommunikationsexperten. Andererseits habe man sich gerade gegenüber dem Gemeinderat von Linkenheim-Hochstetten sehr offen verhalten – „und unsere Programme sind öffentlich zugänglich“. Aber, so Fanghänel, „die Transparenz lässt sich immer erhöhen“. Da ist auch der Minister hinterher: Von der Mediation erhofft er sich, „dass die Bürger künftig mehr wissen“.



NACH DREI-STÜNDIGER INFORMATION durch ITU-Chef Fanghänel (links) setzt Minister Untersteller beim Neubaustreit auf die Mediation. Foto: Kuld